



Damit Sie draußen wissen,
was drinnen vorgeht

www.kpoe-steiermark.at
**Steirische
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen: 25.11. und 16.12. 2014

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



„Bei der Parteienförderung gibt es keine Sparpakete“

Aus der Rede von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zum Landesbudget 2015

Für das neue Landesbudget lässt sich die „Reformpartnerschaft“ feiern. Aber was steckt hinter dem angeblichen Nulldefizit, das niemand nachprüfen kann, weil im Budget die Zahlen fehlen?

Man muss sich in Erinnerung rufen, dass in vielen steirischen Krankenhäusern Abteilungen geschlossen wurden. Über 40 Schulen wurden zugesperrt. Die Wohnbeihilfe wurde massiv gekürzt. Menschen mit Behinderung trafen besonders harte Kürzungsmaßnahmen, von denen auch die in diesem Bereich beschäftigten voll getroffen werden. Viele Arbeitsplätze gingen verloren.

Kinder und Jugendliche wachsen ohne Zukunftsperspektive in ihrer Heimatregion auf.

Seit Jahren herrscht Rekordarbeitslosigkeit in der Steiermark, das AMS liefert Monat für Monat neue Zahlen, die den Ernst der Lage belegen. Erstmals seit langer Zeit gibt es in der Steiermark wieder mehr als 50.000 Arbeitslose, das ist eine dramatische Zahl.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine rasante Zunahme von Menschen erleben müssen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Beinahe 50.000 Kinder und Jugendliche sind davon betroffen, jedes sechste Kind in der Steiermark wächst heute in Armut auf. Da kann man sich nicht zurücklehnen und sagen: „Hauptsache wir haben den Stabilitätspakt erfüllt.“

Nur dem breitem Widerstand aus der Bevölkerung, von Betroffenen und von Teilen der Opposition ist es zu verdanken, dass nicht alle Pläne aufgegangen sind: Die Privatisierung des zweitgrößten steirischen Spitals wurde abgesagt, der unsägliche Regress wurde wieder abgeschafft, und weil die Wahl



KPÖ-Budgetrednerin Claudia Klimt-Weithaler kritisierte die Kürzungspolitik der Landesregierung.

Voves kündigt weitere Sparpakete an

„Das ist nur die erste Etappe, es sind noch viele Aufgaben zu erledigen“, sagte Landeshauptmann Franz Voves. So werde es auch in den Jahren bis 2018 notwendig sein, weitere Hunderte Millionen einzusparen. (Kleine Zeitung, 25.9.2014)

naht, gönnt man der Bevölkerung eine Verschnaufpause.

Wo das Land Einfluss auf Gebühren hat, werden diese jedes Jahr automatisch angehoben – im Fall der ÖV-Tarife, die Hunderttausende betreffen, sogar um das 1,75fache der jährlichen Teuerung. So wurde der Weg in die Arbeit für viele Menschen innerhalb von nur zwei Jahren um 11 Prozent verteuert.

Doch diese Härten gelten nicht für alle. Es gibt auch Beispiele für eine beinahe märchenhafte Freigiebigkeit des Landes Steiermark. Etwa bei der Therme Bad Gleichenberg, die nach 13 Mio. Euro an Investitionen um 500.000 Euro beinahe verschenkt wurde. Für Beratungsfirmen wurde ein zweistelliger Millionenbetrag

ausgegeben. 2012 wurde bekannt, dass unter Landesrätin Edlinger-Ploder, die inzwischen ihren Arbeitsplatz gewechselt hat, den Universitätskliniken 76,2 Mio. Euro entgangen sind, weil diese vom Bund trotz vertraglicher Vereinbarungen nicht eingefordert wurden. Die Schi-WM in Schladming wurde nicht mit Vernunft und Augenmaß geplant, es wurden 400 Millionen Euro (!) hineingesteckt. Und laut internen Quellen der Landesverwaltung fließen jährlich 30 bis 60 Mio. Euro in die Subventionierung gewinnorientierter Pflegeeinrichtungen – „an ihrem vorgesehenen Wirkungsziel vorbei“. Man hat in Summe lieber hunderte Millionen versickern lassen und den

Fortsetzung umseitig



Fortsetzung von Seite 1:
**Aus der Budgetrede der KPÖ
 von Claudia Klimt-Weithaler**

Menschen anschließend erklärt, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Gleichzeitig kostet das jüngste Bankenrettungspaket der EU zwei Billionen (!) Euro, das sind 2000 Milliarden Euro. Nicht die Sozialausgaben explodieren, es sind die Kosten für die Rettung der Banken und des Euro, die die Bevölkerung so stark belasten.

Vergessen wir nicht, warum die öffentlichen Haushalte überhaupt so geringe Einnahmen haben: Weil seit mittlerweile Jahrzehnten eine systematische Umverteilung des von allen erworbenen Wohlstands stattfindet. Weg von denen, die ihn produzieren, hin zu denen, die schon riesige Vermögen haben, zu Superreichen, Banken und Konzernen. In keinem Land der EU ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Österreich. Statt gegenzusteuern, verstärkt die Politik von SPÖ und ÖVP diese Entwicklung.

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen, ist ein Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und die Kaufkraft erhöhen. Zumindest ist es höchste Zeit für ein Zinsmoratorium, das Aussetzen der Zinszahlungen. Überall wird gekürzt, nur die Zahlungen an Superreiche und Banken werden nicht in Frage gestellt. Wenn sich hier nichts bewegt, wird die Finanzindustrie die Staaten auch in Zukunft am Gängelband führen.

Die Landesregierung hat eine besondere Unverfrorenheit parat: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht oder nur unzureichend valorisiert wurden, sieht das in diesem Haus beschlossene Parteienförderungsgesetz eine automatische Wertanpassung der Fördergelder vor. Bei Parteienförderungen und Polit-Einkommen gibt es keine Sparpakete.

Die KPÖ steht für einen anderen Weg. Österreich ist ein reiches Land. Aber der Reichtum ist ungleich verteilt. Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes, die diesen Reichtum tagtäglich erarbeiten, haben nicht über ihren Verhältnissen gelebt! Trotzdem sollen sie jetzt die Zeche der EU-weiten Spar- und Sanierungspakete bezahlen. Die steirischen „Reformpartner“ haben sich zur österreichischen Speerspitze eines von der Industriellenvereinigung verordneten Kaputtsparens gemacht.

Früher hatten Menschen oft keinen sehr hohen Lebensstandard. Sie hatten aber wenigstens die Hoffnung, später ein besseres Leben führen zu können als ihre Eltern. Heute ist es genau umgekehrt: Egal, wie viele Anstrengungen junge Menschen unternehmen, wie viele unbezahlte Praktika sie ableisten und wie viele unterbezahlte Jobs sie neben dem Studium ausüben, viele werden nie auch nur annähernd die soziale und materielle Absicherung erreichen, der für die Eltern- oder Großelterngeneration noch für selbstverständlich gehalten wurde. Und wenn es keine Abkehr von der Politik gibt, die in diesem Budget abgebildet wird, wird das auch in Zukunft so bleiben.

SPÖ und ÖVP lassen kritischen Bericht verschwinden

Das Landesbudget für 2015, das am 16. Dezember vom Landtag beschlossen wurde, wurde nach den neuen Budgetregeln (Doppik) erstellt. Der Landesrechnungshof übt nun massive Kritik am Budgetentwurf: Zum Verständnis notwendige Daten fehlen einfach, die formulierten Ziele sind vage, in vielen Fällen sind die Ziele so formuliert, dass ihre Erfüllung oder Nichterfüllung nicht nachprüfbar ist.

Anstatt die Stellungnahme des Rechnungshofes zu berücksichtigen, haben SPÖ und ÖVP in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses beschlossen, den Bericht in der Versenkung verschwinden zu lassen. Dadurch soll er am Landtag vorbeigespielt werden. KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses des Steiermärkischen Landtags: „Leider haben sich alle unsere Befürchtungen bewahrheitet. Das neue Budget dient vor allem der Verschleierung, es enthält kaum noch überprüfbare Zahlen, dafür aber viele nebulose und unverbindliche Zielsetzungen. Dass SPÖ und ÖVP jetzt versuchen, die Kritik des Landesrechnungshofes unter den Teppich zu kehren, ist ein starkes Stück. Die Auseinandersetzung damit

wird ihnen trotzdem nicht erspart bleiben.“

Der Budgetentwurf und auch die Kritik des Rechnungshofes zeigen, dass die Einführung der neuen Budgetregeln nicht zu größerer Transparenz beigetragen hat. Im Budget fehlen wesentliche Informationen, eine Überprüfung der Ziele ist



KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses

in vielen Fällen nicht möglich. Die Landesregierung wäre gut beraten, das Budget vor der Beschlussfassung gründlich zu überarbeiten, um wenigstens die eigenen Regeln einzuhalten.

Die KPÖ war 2013 die einzige Partei, die gegen die Einführung der Doppik gestimmt hat. Die Kritikpunkte lauteten:

- Kontrollrechte und Gestaltungsmöglichkeiten des Landtages werden nicht ausgeweitet, sondern eingeschränkt
- Die Doppik ermöglicht es, Landesvermögen wie z.B. das Landhaus zu bewerten und ins Budget einfließen zu lassen, obwohl es nicht verkauft werden kann.
- keine laufende Kontrolle über die tatsächliche Gebarung
- keine verbindlichen Beschlüsse für die Mittelverwendung
- Die Haushaltsreform verursacht höhere Kosten



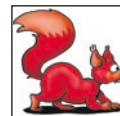
Unter dem Titel „Heiße Suppe gegen soziale Kälte“ protestierte die überparteiliche Plattform 25 am 16. Dezember gegen das Landesbudget der steirischen „Reformpartnerschaft“, das den sozialen Kahlschlag der vergangenen Jahre fortsetzt.

Wahlkampfkosten beschränken!

Die steirische KPÖ setzt sich für die Begrenzung der Wahlkampfkosten ein. Das führt zur finanziellen Abhängigkeit der großen Parteien von finanzkräftigen Spendern und zu gigantischer Geldverschwendung, so die KPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Bevölkerung hat diese Materialschlachten längst satt, wie man an der ständig sinkenden Wahlbeteiligung sehen kann. Die steirischen Parteien sollten sich auf eine Kostenbeschränkung einigen, dann entzieht man abenteuerlichen Geldbeschaffungsmethoden auch ihre Grundlage. Vor allem aber könnte das Geld sinnvoller eingesetzt werden.“

Die KPÖ hat im Landtag bereits in der vergangenen Periode einen Vorstoß unternommen, die Kosten für Wahlwerbung zu beschränken. Das scheiterte am Widerstand von SPÖ und ÖVP.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Ausstieg aus AutomatenSpiel würde Millionen sparen

Klimt-Weithaler (KPÖ): „Glücksspielkonzerne machen Rekordumsätze, öffentliche Hand trägt Kosten“

Der steirische Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) sagte im November, dass die Steiermark ein Rehabilitationszentrum für Spielsüchtige einrichten könnte. Das Beratungsangebot wird ausgebaut. Die KPÖ, die für ein Verbot des „kleinen Glücksspiels“ eintritt, begrüßt, dass das Land sich seiner Verantwortung bewusst wird, sieht sich aber auch in ihrer Haltung bestätigt, dass das AutomatenSpiel viel größeren Schaden anrichtet, als die Regierungsparteien zugeben.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Das Land

Steiermark wird mit dem neuen Glücksspielgesetz selbst zum größten Förderer der Glücksspielindustrie. Es wirkt einfach unehrlich, wenn dieselben Politiker, die gerade erst die Erhöhung der Einsätze von 50 Cent auf 10 Euro durchgeboxt haben, jetzt als Kämpfer gegen die Spielsucht auftreten.“

Die Spielsucht stellt nach wie vor eines der größten Probleme in unserem Bundesland dar. Die Schätzungen, wie viele Menschen selbst betroffen sind, gehen weit auseinander. Konkreter lassen sich die indirekt Betroffenen Angehörigen

von Spielsüchtigen beziffern: Es sind alleine in der Steiermark 60.-80.000, wie ein offizieller Bericht des Landes zum Thema Spielsucht festhält.

Kinder von Spielern wachsen oft in äußerster Armut auf. Alle bekannten Studien zum Thema Spielsucht zeigen, dass das AutomatenGlücksspiel die mit Abstand gefährlichste Form des Glücksspiels ist. Trotzdem förderte das Land Steiermark die Glücksspielindustrie in den vergangenen Jahrzehnten durch niedrige Abgaben, liberale Regelungen und lasche Kontrollen.

Anfang Oktober 2014 hat das Land Steiermark die Lizenzen für 1012 Glücksspielautomaten ausgeschrieben. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Juli 2014 die Weichen für diese Geräte gestellt, die gegenüber



den derzeit genehmigten Automaten den zwanzigfachen Einsatz zulassen. Die KPÖ warnt vor den Folgen dieser Form des Glücksspiels. Die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgekosten dieser Geräte sind weit höher als jene 18 Mio. Euro, die das Land ab 2015 aus Abgaben erzielen wird. Ein Ausstieg würde dem Land letztendlich Millionen an Folgekosten ersparen.

Klimt-Weithaler: „Einige Konzerne machen auf Kosten von Spielsüchtigen Milliardenumsätze, die Folgekosten muss die öffentliche Hand tragen. Die Steiermark hätte die Chance gehabt, aus dem ruinösen Glücksspiel weitgehend auszusteigen. Die Folgekosten der Spielsucht sind viel höher als die Erträge, die das Land erzielen kann.“

Kurzmeldungen

Veitsch, Zenker Fertighaus: „Der Verlust von 90 Arbeitsplätzen bei den Zenkerwerken in der Veitsch in einer wirtschaftlich schon stark ausgedünnten Gemeinde ist ein schwerer Schlag für die Betroffenen und ihre Familien und wird den ganzen Ort hart treffen.“ Das sagte KPÖ-LABg. Werner Murgg am 13. November. Auch im Magnesitwerk Veitsch sind mittlerweile weniger als 300 Personen beschäftigt. Die Kündigungen beim Fertighaushersteller Zenker zeigen, dass die Gemeindefusionen – Mitterdorf, Veitsch und Wartberg werden zur Gemeinde St. Barbara zwangsfusioniert – keine Probleme lösen. „Voves und Schützenhöfer hätten sich überlegen sollen, wie sie Arbeitsplätze im Land halten und neue schaffen, anstatt Sparvorgaben aus Brüssel zu erfüllen und die Gemeinden auszuhungern. Wenn es keine Arbeit mehr gibt, werden noch mehr Menschen abwandern“, so Murgg.



Maria Cäsar

tisch war Maria Cäsar zuerst bei den Roten Falken und nach dem 12. Februar 1934 beim Kommunistischen Jugendverband (KJV) aktiv und leistete illegale Arbeit im Untergrund. Nach dem Einmarsch der Nazitruppen in Österreich wurde sie im Mai 1939 von der Gestapo verhaftet und war 14 Monate lang im Landesgericht Graz inhaftiert. Ihr erster Mann, der wie sie Mitglied einer Widerstandsgruppe war, fiel als Soldat im Jahr 1943. Maria Cäsar knüpfte in der Folge Kontakte zu jugoslawischen Partisanen und den Widerstandsgruppen in Judenburg. Nach der Befreiung Österreichs arbeitete sie aktiv für eine demokratische und sozialistische Entwicklung unseres Landes und trat für die Rechte der Frauen ein. Seit ihrer Pensionierung trägt sie als Zeitzeugin dazu bei, junge Menschen für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren.

Großes Ehrenzeichen des Landes Steiermark für Maria Cäsar: Am 19. November wurde die steirische Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus und Kommunistin geehrt. Cäsar verbrachte ihre Kindheit und Jugend in Judenburg. Als Kind eines Stahlarbeiters lernte sie die Not der Zwischenkriegszeit kennen. Poli-

KPÖ fordert Maßnahmen gegen Kinderarmut

Erschreckende Daten liefert der Armutsbericht des Landes Steiermark, der am 12. November vorgestellt wurde. Auch eine Studie der Volkshilfe über Kinderarmut in Österreich bestätigt: Jedes sechste Kind wächst in Armut auf, die Eltern können sich Wohnung, Heizung und Essen nur mit Mühe leisten. Daran erinnert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte am 20. November 2014.

Die Zukunftschancen dieser Kinder sind stark beeinträchtigt. Anstatt sie mit Förderprogrammen aus der Armut zu holen und sie bestmöglich unterstützen, sparen Voves und Schützenhöfer auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen. Viele steirische Familien leben bereits in bitterster Armut. Die Landesregierung will davon nichts wissen. Im Gegenteil, Voves und Schützenhöfer verbauen den Kindern die Zukunft.

Beispiele von Kürzungen, die (auch) Kinder betreffen: Kürzungen der Wohnbeihilfe und der Mindestsicherung; Abschaffung des Kinderzuschusses für Familien mit kleinem Einkommen; Streichung des Rechtsanspruchs auf Beihilfe zu Kindererholungsaktionen (jedes vierte steirische Kind fährt nie auf Urlaub); Streichung der Sozial- und Lernbetreuung für 1500 steirische Kinder; Einführung von Kindergartengebühren 2011; Abschaffung der Entwicklungsförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen; ständige Erhöhung der Musikschulbeiträge.

„Voves und Schützenhöfer bilden keine ‚Reformpartnerschaft‘, sondern eine Koalition gegen Kinder“, so Klimt-Weithaler. Die KPÖ fordert ein Soforthilfepaket für steirische Familien als Maßnahme gegen die steigende Kinderarmut – das wäre wichtiger als das neue Bankenrettungspaket, auf das sich SPÖ und ÖVP bereits geeinigt haben.

Polit-Bezüge senken – auch in Gemeinden!

Mit 1.1.2015 werden die Bezüge der Politikerinnen und Politiker erneut erhöht. Nach den neuen Einkommen auf der Landesebene veröffentlichten wir hier die Einkommen der Bürgermeister. Die Gemeindefusionen wurden vielen bekanntlich mit stark erhöhten Gagen schmackhaft gemacht: Je nach Gemeindegröße werden die Bezüge zwischen 11,7 und 53,8 Prozent (!) angehoben.

Claudia Klimt-Weithaler: „Bei den Polit-Bezügen sollte es ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.“

Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ behalten sich von ihren Bezügen höchstens 2200 Euro im Monat. Der Rest fließt in einen Sozialfonds für Menschen in Notlagen, dessen Verwendung jedes Jahr am Tag der offenen Konten offengelegt wird.

Einwohner/innen	BürgermeisterInnen als Nebenberuf/	BürgermeisterInnen hauptamtlich
1.001 bis 2.000	€ 3.433,20	€ 4.291,50
2.001 bis 3.000	€ 3.862,35	€ 4.827,94
3.001 bis 5.000	€ 4.291,50	€ 5.364,38
5.001 bis 7.000	€ 5.149,80	€ 6.437,25
7.001 bis 10.000	€ 5.578,95	€ 6.973,69
10.001 bis 15.000	€ 6.437,25	€ 8.046,56
15.001 bis 20.000	€ 7.295,55	€ 9.119,44
20.001 bis 30.000	€ 8.153,85	€ 10.192,31
über 30.000	€ 8.583,00	€ 10.728,75

Polit-Bezüge: Alle gegen die KPÖ

Im Rahmen der Budgetsitzung des Landtags am 16.12.2015 erneuerte die KPÖ ihre Forderung, die Polit-Bezüge um 30 Prozent zu senken. Der Landeshauptmann verdient z.B. 16.300 Euro, seine Stellvertreter 15.500 Euro pro Monat. Die KPÖ hat auch vorgeschlagen, den höchsten Bezug mit dem Fünfzehnfachen einer Mindestpension zu beschränken. In seltener Einigkeit stimmten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne gegen den Antrag der KPÖ.

Wohnbeihilfe: nicht genügend

Auch mit Erhöhung bleibt steirische Wohnbeihilfe weit unter dem Niveau vor 2012

In einer Dringlichen Anfrage an Soziallandesrat Schrittwieser (SPÖ) zeigten die steirischen KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg am 25.11., dass die angekündigte Erhöhung der Wohnbeihilfe ab 1.1.2015 sehr dürtig ausfallen wird.

Die vom damaligen Landesrat Flecker 2006 eingeführte „Wohnbeihilfe neu“ wurde unter dem amtierenden Sozialan-

desrat Schrittwieser 2012 drastisch gekürzt. Auch eine Valorisierung der Beträge blieb aus, so verloren tausende Steirerinnen und Steirer ihre Wohnbeihilfe, während sie bei den verbleibenden Bezieherinnen und Beziehern stark verringert wurde. Nun erfolgt zwar eine Ausweitung des Bezieherkreises und in vielen Fällen auch eine bescheidene Erhöhung der Beträge. Die Kürzungen aus dem Jahr 2012 werden jedoch bei weitem nicht ausgeglichen.

KPÖ-LAbg. Murgg berechnete die Änderungen anhand von über 20 realen Beispielen. Dabei zeigt sich, dass es bei

vielen gar keine Erhöhung gibt bzw. viele, die dringend eine Wohnbeihilfe benötigen, trotz geringer Einkommen weiterkeinen Anspruch haben. In den Fällen in denen es zu einer leichten Erhöhung kommt, bleibt diese in jedem Fall deutlich unter dem Betrag, der bis 2012 ausbezahlt wurde.

KPÖ-Klubbfrau Claudia Klimt-Weithaler verlangte eine spürbare Erhöhung der Wohnbeihilfe, die zumindest die Kürzungen ab dem Jahr 2012 ausgleicht. „Österreich hat von allen EU-Staaten die stärkste Teuerung bei Mieten und Betriebskosten. Immer

mehr Menschen können sich die Wohnkosten kaum noch leisten. Wir brauchen mehr sozialen Wohnbau, aber kurzfristig hilft nur eine Erhöhung der Wohnbeihilfe, die diesen Namen auch verdient. Was die Landesregierung plant, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, betont Claudia Klimt-Weithaler.

Ein Antrag der KPÖ, die Wohnbeihilfe wenigstens wieder auf das Niveau von 2011 anzuheben und wertzusichern, wurde von SPÖ, ÖVP und der FPÖ abgelehnt.



Die KPÖ fordert: WOHNEN MUSS LEISTBAR sein!

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Forderungen der steirischen KPÖ an die Landesregierung:

- Kommunale Wohnbauoffensive finanziert durch eine Zweckbindung der Wohnbaufördermittel
- Eine echte Erhöhung der Wohnbeihilfe und Erhöhung der Einkommensgrenze, damit alle jene Wohnbeihilfe beziehen können, die sie wirklich brauchen

Vor- und Zuname	Geb. Datum	Wohnadresse	Unterschrift